

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 14/2016

Leipzig, den 30. September 2016

GEW Sachsen: Chancen vergeben – Probleme bleiben

Zu den heute gescheiterten Verhandlungen zwischen der sächsischen Staatsregierung, der GEW und dem Beamtenbund über ein Maßnahmenpaket zur Deckung des Lehrerberarfes in Sachsen erklärt die sächsische Bildungsgewerkschaft GEW:

Mit Bedauern musste die GEW Sachsen heute endgültig feststellen, dass sich die sächsische Staatsregierung der Dimension der Personalprobleme im Schulbereich offensichtlich noch immer nicht bewusst ist. Anders lässt sich die erneut ablehnende Haltung gegenüber dem Großteil der von uns zur Lösung dieser Probleme unterbreiteten Vorschläge nicht erklären.

Wer die Zahl der vorzeitigen Renteneintritte von Lehrkräften, die Altersstruktur und die Belastungssituation in den Schulen kennt und den Lehrerberarf jetzt und zukünftig decken will, kann nicht allen Ernstes vorschlagen, den Belastungsdruck in den Schulen weiter zu erhöhen, die Motivation der Kollegen noch mehr zu senken und durch nur partielle Einkommensverbesserungen die Lehrerschaft weiter zu spalten. Genau das wären aber die Folgen des Maßnahmenpaketes, das Finanz- und Kultusministerium gemeinsam vorgeschlagen haben. Darin enthalten waren z.B. Vorschläge, die Klassen zu vergrößern, das Arbeitsvermögen der Lehrer stärker auszuschöpfen und Teilzeit einzuschränken. Entlastungsvorschläge und Anreize, die den Lehrerberuf in Sachsen attraktiver machen würden, fehlten dagegen völlig.

Uschi Kruse, GEW-Landesvorsitzende:

„Von uns zu verlangen, das auch noch ausdrücklich zu unterstützen und die nächsten fünf Jahre keine Forderungen zur Verbesserung der Arbeits- und Einkommenssituation unserer Kollegen mehr zu stellen, verkennt unsere Rolle als gewerkschaftliche Interessenvertretung. Wir haben unsere Vorschläge mit den Kollegen in den Schulen entwickelt. Dabei war uns und unseren Kollegen durchaus bewusst, dass in dieser schwierigen Situation auch Zugeständnisse notwendig sein werden. Wir haben ein machbares Programm vorgeschlagen, das der Komplexität und Tragweite der Personalprobleme im Schulbereich Rechnung trägt. Das kostet natürlich auch Geld. Dieses Geld wäre aber sehr gut angelegt, denn es trägt zur Sicherung der Zukunft des sächsischen Schulsystems mit seinem hohen qualitativen Anspruch bei.

Die GEW bleibt ausdrücklich gesprächsbereit, denn die Probleme bei der Deckung des Lehrerberarfes bleiben und werden die Schulen und unsere Kollegen weiter belasten. Das werden wir nicht tatenlos hinnehmen.“

Die GEW erwartet von der Staatsregierung, dass sie die wenigen Konsenspunkte, die es gab – wie z. B. eine bessere Grundeingruppierung für die Lehrer in den Oberschulen – auf jeden Fall umsetzt. Bei einigen anderen Punkten, wie z. B. der Bezahlung von Schulleitern, wird die

Staatsregierung an Veränderungen nicht vorbeikommen, weil sie besoldungsrechtlichen Zwängen unterliegt und weil sie sonst diese Funktionen nicht mehr besetzen kann.

Drüber hinaus steht das Kultusministerium in der Pflicht, noch in diesem Jahr das im Koalitionsvertrag vereinbarte Lehrpersonalkonzept vorzulegen. „Hier besteht erneut Gelegenheit, sich mit unseren Vorschlägen, die auch einige neue Wege eröffnen, auseinanderzusetzen“, so die GEW Landesvorsitzende.

Nachfragen möglich unter 0172 350 4386 (Frau Kruse)